

Das neue Grundsatzprogramm der Grünen

Die Grünen haben sich am vergangenen Wochenende ein neues Grundsatzprogramm mit dem Titel „... zu achten und zu schützen... Veränderung schafft Halt“ gegeben. In der Vorberichterstattung waren die Grünen erkennbar bemüht den Eindruck einer neuen Bürgerlichkeit und Regierungsfähigkeit zu erwecken.

Das Programm, das sie verabschiedet haben, ist indes an vielen Stellen dezidiert links. Auch auf die parlamentarische Praxis, potenzielle Bundestagsanträge der Grünen und die Arbeit mit den Grünen in den Ausschüssen des Bundestages dürfte dieser Beschluss Auswirkungen haben. Deshalb finden Sie die wichtigsten Positionierungen der Grünen hier zusammengefasst.

1. WIRTSCHAFT & SOZIALES

- **Bedingungsloses Grundeinkommen.** Die Grünen verabschiedeten sich von der Agenda 2010, wollen Hartz IV „überwinden“ und ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Wer Sozialleistungen bezieht und sich weigert zumutbare Arbeit anzunehmen, soll zukünftig keine Sanktionen mehr befürchten müssen.

„Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen überwinden wir Hartz IV und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. [...] Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und langfristig soll

die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens.“

- **Steuererhöhungen.** Steuern sind für die Grünen in erster Linie ein Lenkungs- und Umverteilungsinstrument. Damit sind Mehrbelastungen verbunden, insbesondere für Erben (laut den Grünen „leistungsloses Einkommen“), Immobilienbesitzer und diejenigen, die über Aktien und andere Anlageprodukte für ihr Alter vorsorgen. Auch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer lässt sich dem Programm entnehmen.

„Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und Erbschaften muss wieder deutlich erhöht werden. [...] Die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf Ressourcenverbrauch und Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz zu verlagern, begünstigt den ökologischen Umbau und soziales Engagement.“

- **Staatsverschuldung.** Sowohl die nationalen als auch die europäischen Schuldenbremsen sind den Grünen zu strikt. Sie wollen die Möglichkeiten des Schuldenmachens auf beiden Ebenen deutlich erhöhen.

„Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und auszubauen, um Wirtschaftskrisen sowie deren soziale Folgen zu vermeiden und Investitionen für die sozial, ökologische Transformation zu ermöglichen.“

- **Enteignungen.** Die Grünen wollen Immobilienbesitzer enteignen und Gewinne aus Vermietung und Verpachtung staatlich deckeln.

„Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialpflichtigkeit, weil sie unvermehrbar und unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein sowie Grund und Boden verstärkt in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum überführt werden. Zum Wohl der Allgemeinheit bietet das Grundgesetz als letzte Möglichkeit die Vergesellschaftung sowie die Enteignung, wo Märkte aus dem Ruder geraten. Bodenwertsteigerungen werden gedämpft und bei Planungsrechtsänderungen wird die öffentliche Hand beteiligt. Die Flächeninanspruchnahme ist zu begrenzen.“

2. EUROPA & AUSSENPOLITIK

- **Exportüberschüsse begrenzen.** Wirtschaftlicher Erfolg soll nach der Vorstellung der Grünen gedeckelt werden. Wer erfolgreicher ist als erlaubt, soll bestraft werden. Für Deutschland hieße das: Die Europäische Kommission soll direkten Zugriff auf die deutsche Wirtschaft bekommen, um unseren Exportüberschuss zu begrenzen.

„Im Fall von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion müssen die Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen.“

- **Europäischer Bundesstaat.** Die Grünen wollen eine Föderale Europäische Republik – mit einem Initiativrecht für das Europäische Parlament, mit einer Kommission, die vom Parlament gewählt, mit eigenem Besteuerungsrecht, mit Eurobonds und eigenen Gesetzgebungskompetenzen im Sozialbereich.

*„Es gilt, die EU im Zuge weiterer Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik mit einer europäischen Verfassung weiterzuentwickeln. [...] Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den*

*Weg zu bringen, alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-Kommission soll in der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen Regierungssystems sein und von der Kommissionspräsident*in vorgeschlagen und vom Parlament gewählt werden.“*

- **EU-Steuern.** Die EU soll das Recht erhalten, die Bürger der Nationalstaaten zu besteuern. Der aus diesen Einnahmen gespeiste EU-Haushalt soll groß genug sein, um hilfsbedürftige Nationalstaaten zu unterstützen.

„Der [EU-]Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen Parlament beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug, um makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die nationalen Haushalte zu leisten.“

- **Eurobonds.** Die Grünen wollen eine Vergemeinschaftung der Schulden über eigene europäische Staatsanleihen

„Der Euro soll zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit eigenen Steuerquellen. Die strategische Handlungsfähigkeit der EU soll auch durch eigene Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.“

- **Politisierung der EZB.** Die Grünen verabschieden sich vom derzeitigen, an Preisniveaustabilität ausgerichteten Mandat der EZB. Staatsfinanzierung, die der EZB bisher ausdrücklich verboten ist, soll explizit Aufgabe der EZB werden.

„Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Hohe Zinsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten können Staaten hindern, aus einer Krise herauszukommen. Insbesondere ohne eine

gemeinsame Fiskalpolitik der Eurozone, kann es für die Zentralbank notwendig sein, die Liquidität der Staaten zu garantieren und Zinsunterschiede zu begrenzen.“

- **Sozialunion.** Die Grünen wollen den Sozialstaat vergemeinschaften und gemeinsame soziale Standards in Europa durchsetzen, „*wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung, sowie eine europaweite Arbeitslosenversicherung*“.

*„Die Föderale Europäische Republik ist eine Solidargemeinschaft, in der alle Bürger*innen die gleichen sozialen Rechte genießen. Dazu muss die Währungsunion zunächst um eine Sozialunion mit starken gemeinsamen Mindeststandards erweitert werden, damit die Schiefelage zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten Arbeits- und Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung, sowie eine europaweite Arbeitslosenrückversicherung. Darauf aufbauend wollen wir gemeinsame Instrumente der Sozialpolitik schaffen.“*

- **Handelspolitik.** Handelspartner der EU sollen anhand moralischer Werte kategorisiert und entsprechend behandelt werden. „*Wer ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform produziert*“, soll Vorteile erhalten und wer dies nicht tut, soll „*negative Konsequenzen spüren*“.

„Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen Einfluss. Daraus erwächst die Verantwortung, Globalisierung sinnvoll zu gestalten und an Menschenrechten, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit orientiert zu regulieren, um Krisen zu verhindern, statt sie zu verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform produziert, soll davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.“

- **Nukleare Teilhabe.** Die Grünen wollen den Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe. Sie stellen damit einen Grundpfeiler deutscher und

europäischer Sicherheitspolitik in Frage und untergraben unsere bündnispolitische Verlässlichkeit und Solidarität.

„Dazu braucht es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe. Der Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.“

3. SICHERHEIT & MIGRATION

- **Verbot privaten Waffenbesitzes.** Bis auf Jäger soll nach dem Willen der Grünen niemand mehr Schusswaffen besitzen dürfen. Dies würde beispielsweise auch Sportschützen einschließen.

*„Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet ein Ende des privaten Besitzes von tödlichen Schusswaffen, mit Ausnahme von Jäger*innen.“*

- **Verfassungsschutz.** Die Grünen wollen den Verfassungsschutz aufspalten. Zukünftig soll eine Behörde nachrichtendienstliche Mittel einsetzen und eine andere öffentlich zugängliche Quelle wissenschaftlich auswerten. Worum hier ein Sicherheitsgewinn für die Bürger liegen soll, wird nicht erläutert.

„Um die Demokratie effektiv schützen zu können, braucht es einen institutionellen Neuanfang der Verfassungsschutzbehörden: einerseits nachrichtendienstliche Mittel, soweit sie zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr unerlässlich sind; hiervon getrennt die Beobachtung von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden und ausschließlich anhand von öffentlichen Quellen. Es braucht eine starke Kontrolle von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten durch Parlamente, Gerichte und unabhängige Aufsichtsbehörden.“

- **Blockierer.** Anketten, Blockieren, Besetzen – all das wird von den Grünen als „zivilere Ungehorsam“ ausdrücklich begrüßt.

„Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in einer lebendigen Demokratie, dafür kann auch gewaltfreier ziviler Ungehorsam ein legitimes Mittel sein.“

- **Einwanderungsgesellschaft als Staatsziel.** Die Grünen wollen die Einwanderungsgesellschaft zum Staatsziel im Grundgesetz erklären.

*„Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft erfordert die gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrant*innen. Sie ist als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.“*

- **Staatsbürgerschaft.** Die deutsche Staatsbürgerschaft soll künftig allein durch Geburt in Deutschland erworben werden können. Die Grünen bekennen sich außerdem klar zur doppelten Staatsbürgerschaft.

„Die Staatsangehörigkeit soll ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicherstellen. Dazu gehört die Ermöglichung von doppelter Staatsangehörigkeit und die Ausweitung des Geburtsrechts. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll durch Geburt im Inland erworben werden können, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler Menschen ab.“

- **Grenzen.** Von einer Partei, die sich auf die DDR-Bürgerrechtbewegung bezieht, würde man erwarten, dass sie die Humanität einer Grenze daran bemisst, dass die Möglichkeit zur Ausreise besteht – die Grünen hingegen bemessen die Humanität der Grenze daran, dass die Möglichkeit zur Einreise besteht. Es sollen Grundlagen geschaffen werden, möglichst vielen Menschen die Migration zu ermöglichen.

„Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen geschützt werden und eine Möglichkeit zur Einreise existiert [...] Die Möglichkeit zu migrieren oder in der Heimat zu bleiben, darf nicht das Privileg weniger Menschen bleiben. Um globale Abschottung zu beenden sind die Grundlagen zu schaffen. Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen.“

- **Sichere Herkunftsstaaten.** Die Ablehnung der sicheren Herkunftsaaten ist den Grünen so wichtig, dass sie diese Position in ihr Grundsatzprogramm übernommen haben. Statt Migration darüber zu ordnen und zu steuern, wollen Sie Flüchtlinge beim Asylverfahren beraten.

„Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten Verfahrens. Der Globale Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale Umgang mit Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.“

4. FAMILIE & GESELLSCHAFT

- **Rassismus.** Die Grünen stellen ganz Deutschland unter den Generalverdacht des Rassismus. Darüber hinaus unterstellen die Grünen, dass Angehörige von Minderheiten in Deutschland nicht sicher sind.

„Rassismus ist in unserer Gesellschaft eine unleugbare Realität und in allen Strukturen mehr oder minder präsent. Rassismus – und jede andere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – führt dazu, dass viele Menschen in Deutschland nicht sicher sind.“

- **Abtreibungen.** Abtreibungen sollen aus dem Strafgesetzbuch entfernt und generell legalisiert werden. Die Kosten sollen der Steuer- bzw. Beitragszahler tragen.

„Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene Leben muss für alle Menschen, insbesondere auch Frauen, Mädchen, trans, inter und nicht-binäre Menschen mit und ohne Behinderung uneingeschränkt gelten. Dieses Recht zu realisieren ist Teil einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung. Zu ihr zählen auch selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche, die nichts im Strafgesetzbuch verloren haben und deren Kosten grundsätzlich übernommen werden müssen. Alle Menschen haben ausschließlich selbst das Recht, ihr Geschlecht zu definieren. Inter, trans* und nichtbinäre Menschen haben das Recht, dass ihr selbst definiertes Geschlecht ohne bürokratische oder medizinische Hürden offiziell anerkannt wird.“*

- **Ehe und Familie.** Ehe und Familie sollen allen anderen Lebensformen, Partnerschaften und Familienmodellen gleichgestellt werden. Nach der derzeitigen Formulierung im Grundsatzprogramm würde das beispielsweise auch Vielehen und Polygamie umfassen, die den gleichen Schutz wie eine Ehe erhalten sollen.

„Freiheit und Würde bedeutet zum Beispiel, sich einem Geschlecht zuzuordnen oder auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität selbstbestimmt finden und leben zu können. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität die Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Die staatliche Diskriminierung von inter, trans* und nicht-binären Menschen ist zu beenden.“*

- **Wahlrecht.** Auch Jugendliche und Kinder sollen nach grüner Vorstellung eine Stimme bekommen, indem das Wahlalter deutlich abgesenkt werden soll. Auch Ausländer sollen künftig offenbar wählen dürfen.

„Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn Millionen Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden. Die Jugend ist politisch. Gleiches gilt für die vielen Menschen, die nicht wählen dürfen, obwohl sie hier leben und Teil unserer Gesellschaft sind. Entsprechend wollen wir Wahlhürden schrittweise abbauen, das Wahlalter deutlich absenken und weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausbauen.“

5. UMWELT & LANDWIRTSCHAFT

- **Bauern.** Die Landwirte sollen in Zukunft *„immer weniger Tiere halten“* und *„weniger Fleisch exportieren“*. Wie die Bauern unter diesen veränderten Rahmenbedingungen ihren Lebensunterhalt sichern sollen, wird in dem Grundsatzprogramm nicht thematisiert.

„Solange wir Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen, müssen wir ihnen ein würdevolles Leben frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen – ohne tierquälerische Zucht-, Haltungs-, Transport- und Schlachtmethoden. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft hat diese Ziele fest in sich verankert. Das bedeutet auch, dass künftig immer weniger Tiere gehalten werden und entsprechend weniger Fleisch konsumiert und exportiert wird.“

- **Welt-Umweltgericht.** Die Grünen wollen eine internationale Gerichtsbarkeit schaffen, die *„Verbrechen gegen die Umwelt“* *„unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt“*.

„Da Verbrechen gegen die Umwelt nicht vor Ländergrenzen Halt machen, ist es im globalen Interesse, dass die internationale Staatengemeinschaft eine

Gerichtsbarkeit schafft, die diese Verbrechen unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt.“

- **Autoverkehr.** Die Grünen wollen Auto-Verkehr in den Innenstädten verbieten.

„Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. [...] Insgesamt wird es deutlich weniger Autos und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik, Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an. Fahrräder und E-Bikes können Autoverkehr ersetzen und unsere Städte und Dörfer lebenswerter, sicherer und mobiler machen – Radwege und Ladestationen vorausgesetzt. In den Städten gehört die Zukunft der autofreien Innenstadt.“